

Von: [REDACTED] BJ  
An: [REDACTED] EFV  
Cc: [REDACTED]  
Betreff: AW: Nachtrag Bemerkungen BJ zum Erläuternden Bericht - ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens  
Datum: Donnerstag, 16. Januar 2025 16:11:25

Lieber [REDACTED]

Hier unsere Differenz (ich schaffe es nicht kürzer – déformation professionnelle:

Nach Auffassung des Bundesamts für Justiz ist die vorgesehene Erhöhung der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe von aktuell einem Drittel auf 41% verfassungswidrig. Mit dieser Erhöhung sollen mindestens 80 Mio. Franken an zusätzlichen Mittel generiert werden. Die Erhöhung verfolgt somit einen fiskalischen Zweck. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe verliert dadurch ihren Charakter als Lenkungsabgabe und wird zu einer Brennstoffsteuer nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV. Als Brennstoffsteuer muss sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Steuern genügen, wozu insbesondere der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gehört (Art. 127 Abs. 2 BV). Sie muss damit, so wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel, grundsätzlich von allen Verbrauchern bezahlt werden. Die Rückerstattung an Betreiber von EHS-Anlagen oder mit Verminderungsverpflichtung verletzt diesen Grundsatz, wenn die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht mehr als Lenkungsabgabe, sondern als Steuer erhoben wird.

Mir ist noch aufgefallen, dass im erläuternden Bericht diese einnahmenseitige Massnahme bei den allgemeinen Ausführungen nicht angesprochen wird (immerhin betrifft es 80 von geplanten 300 Mio. Franken – oder habt Ihr die 80 dort gar nicht eingerechnet, geht es also effektiv um 380 Mio. ?!?). Falls es nicht zu spät ist, wären m.E. noch folgende Ergänzungen wünschenswert:

Erl. Bericht, Übersicht, Inhalt der Vorlage, 3. Alinea

*«Das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt setzt primär auf der Ausgabenseite an. Über 90 Prozent des Entlastungsvolumens entfallen auf die Ausgabenseite, rund 300 Millionen Franken trägt die Einnahmenseite bei, dies primär in Form der Aufhebung oder Milderung von Steuerbefreiungen oder -vergünstigungen sowie einer Erhöhung der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Dennoch ...»*

Ziff. 1.3, Verzicht auf zusätzliche Steuererhöhungen, Tabelle 2

Tabelle 2: Erhöhung von Einnahmen

In Mio. CHF	2027	2028
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule		160
Erhöhung der Teilzweckbindung der CO <sub>2</sub> -Abgabe	83	80
Erhöhung Versteigerung Importkontingente	127	127

Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	22	22
<b>Total</b>	<b>149 232</b>	<b>309 389</b>

Liebe Grüsse

[REDACTED]

---

**Von:** [REDACTED] BJ

**Gesendet:** Dienstag, 14. Januar 2025 14:00

**An:** [REDACTED] EFV [REDACTED]

**Cc:** [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Betreff:** AW: Nachtrag Bemerkungen BJ zum Erläuternden Bericht - ÄK EFD 10.12.2024  
Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der  
Vernehmlassungsverfahrens

Lieber [REDACTED]

Wir halten an unserem Antrag fest; ich sende Dir ein Differenz.

LG [REDACTED]

---

**Von:** [REDACTED] EFV [REDACTED]

**Gesendet:** Dienstag, 14. Januar 2025 13:58

**An:** [REDACTED] BJ [REDACTED]

**Cc:** [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**etreff:** WG: Nachtrag Bemerkungen BJ zum Erläuternden Bericht - ÄK EFD 10.12.2024  
Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der  
Vernehmlassungsverfahrens

Lieber [REDACTED]

Besten Dank für Eure Rückmeldungen, wir werden Euch voraussichtlich morgen eine detaillierte schriftliche Antwort dazu zukommen lassen. Vorab aber schonmal zum Antrag Ziff. 16 CO2-Gesetz. Wir hatten heute die Besprechung mit unserer DC und werden an der Massnahme festhalten. Wird das BJ hierzu eine Differenz ausweisen? Kannst Du uns bis am Donnerstagabend einen Vorschlag für einen (kurzen) Differenzausweis für den BRA zukommen lassen? Die Präzisierungen am erläuternden Bericht haben wir aufgenommen.

Lieber Gruss und vielen Dank im Voraus

[REDACTED]

---

**Von:** [REDACTED] BJ [REDACTED]

**Gesendet:** Mittwoch, 8. Januar 2025 17:18

**An:** [REDACTED] EFV [REDACTED]; [REDACTED] EFV

[REDACTED]

**Cc:** [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

**Betreff:** AW: Nachtrag Bemerkungen BJ zum Erläuternden Bericht - ÄK EFD 10.12.2024  
Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der  
Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

Hier im Anhang noch einige Bemerkungen, direkt im Erläuternden Bericht eingefügt.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]

---

**Von:** [REDACTED] BJ

**Gesendet:** Mittwoch, 8. Januar 2025 16:37

**An:** [REDACTED] EFV [REDACTED]; [REDACTED] EFV

[REDACTED]

**Cc:** [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

**Betreff:** AW: StN BJ ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27);  
Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

Vielen Dank für den Entwurf. Wir nehmen wie folgt Stellung:

VIRK

Wir verweisen auf die Stellungnahme der verwaltungsinternen Redaktionskommission (VIRK), an der wir mitgearbeitet haben und die Ihnen durch Stefan Höfler und Liviu Groza, Sprachdienst der Bundeskanzlei, zugestellt wird.

Ziff. 2 AsylG) [REDACTED]

- Art. 88 Abs. 2

Mit der vorliegenden Änderung wird im Bereich Asyl und vorübergehender Schutz die maximale Abgeltungsdauer von heute 5 auf 4 Jahre (ab Gesuchseinreichung) gekürzt.

Das bedeutet, dass die bisherige Unterscheidung in Art. 88 AsylG zwischen Schutzbedürftigen ohne (vgl. Abs. 2) und solchen mit Aufenthaltsbewilligung (Abs. 3) subventionsrechtlich obsolet wird. Denn die Kantone bekommen für Schutzbedürftige nur noch 4 Jahre lang Subventionen, eine Aufenthaltsbewilligung ist aber frühestens ab 5 Jahren Schutzstatus möglich (Art. 74 Abs. 2 AsylG). Vor diesem Hintergrund könnte im ersten Satz von Artikel 88 Absatz 2 auf die Wendung «ohne Aufenthaltsbewilligung» verzichtet werden.

Ziff. 10: FIFG [REDACTED]

Wir bitten Sie, den Kommentar zu präzisieren, damit klar wird, dass die Innosuisse die Förderung nach Art. 18 Abs. 2 Buchstabe b<sup>bis</sup> FIFG noch nicht umgesetzt hat.

Ziff. 14: SuG [REDACTED]

Wir beantragen, in Art. 7 Abs. 2 *Satz 1* E-SuG den Passus "in der Regel" zu streichen. Der Regelcharakter von Satz 1 ergibt sich daraus, dass der folgende Satz Abweichungen unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht.

Ziff. 15: MinöStG [REDACTED]

Aus Sicht des BJ ist es zu begrüßen, dass diese Ungleichbehandlung aufgehoben wird. Allerdings wäre eine Aufhebung von Art. 18 Abs. 2 MinöStG im Hinblick auf eine Gleichbehandlung ebenfalls wünschenswert gewesen.

Ziff. 16: CO<sub>2</sub>-Gesetz [REDACTED]

-

- Antrag: Fassung von Artikel 33a Absatz 1 Einleitungssatz wie folgt: «<sup>1</sup> ~~Bis Ende 2031 werden höchstens 41 Prozent, ab dem Jahr 2032 höchstens ein Drittel des Ertrags~~ aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe wird verwendet für:»

Begründung: Entgegen der Expertenkommission Gaillard, die ausdrücklich empfiehlt, die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe bei einem Drittel zu belassen ([MM](#), Bericht S. 38), schlägt die EFV eine Erhöhung auf 41% vor. Bei dieser Massnahme handelt es sich nicht um eine Ausgabenreduktion: Der Bund erhebt die CO<sub>2</sub>-Abgabe als Lenkungsabgabe. Er will den Ertrag der CO<sub>2</sub>-Abgabe gar nicht, weshalb er ihn an die Bevölkerung und Wirtschaft verteilt. Mit der Erhöhung der Teilzweckbindung sollen vielmehr zusätzliche Mittel generiert werden. Im Vordergrund des Projekts steht somit ein fiskalischer Zweck. Wie bereits in der Botschaft zum CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Zeit nach 2024 ausgeführt ([BBl 2022 2651](#), S. 108), verliert nach unserer Auffassung die CO<sub>2</sub>-Abgabe dadurch ihren Charakter als Lenkungsabgabe und wird zu einer Brennstoffsteuer nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV. Als Brennstoffsteuer muss sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Steuern genügen, wozu insbesondere der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gehört (Art. 127 Abs. 2 BV). Sie muss damit, so wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel, grundsätzlich von allen Verbrauchern bezahlt werden. Die Rückerstattung an Betreiber von EHS-Anlagen oder mit Verminderungsverpflichtung verletzt diesen Grundsatz, wenn die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht mehr als Lenkungsabgabe, sondern als Steuer erhoben wird.

- Entwurf Erläuternder Bericht

Antrag: Fassung des dritten Alineas wie folgt: «Das Bundesamt für Justiz vertritt demgegenüber die Auffassung, dass Zweckbindungen von Lenkungsabgaben grundsätzlich unzulässig sind. Bei der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe im Umfang von höchstens einem Drittel handelt es sich um eine historisch bedingte Abweichung. Wird die Teilzweckbindung wie im vorliegenden Projekt darüber hinaus erhöht, die Teilzweckbindung aus verfassungsrechtlichen Gründen einen Drittel nicht übersteigen darf. Ist sie höher, so steht gemäss ihm nicht mehr die Lenkung durch die Verteuerung des Abgabeobjekts im Vordergrund, sondern das Generieren zusätzlicher Mittel. Das Vorhaben verfolgt damit einen fiskalischen Zweck. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe verliert dadurch ihren Charakter als Lenkungsabgabe und wird zu einer Brennstoffsteuer nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV. Als Brennstoffsteuer muss sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Steuern genügen, wozu insbesondere der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gehört (Art. 127 Abs. 2 BV). Sie muss damit, so wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel, grundsätzlich von allen Verbrauchern bezahlt werden. Die Rückerstattung an Betreiber von EHS-Anlagen oder mit Verminderungsverpflichtung verletzt diesen Grundsatz, wenn die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht mehr als Lenkungsabgabe, sondern als Steuer erhoben wird.

Begründung: Präzisierungen, vgl. auch [BBl 2022 2651](#), S. 108.

#### Ziff. 17 SVAG [REDACTED]

Die Regelung nimmt einen Entscheid auf, den die Bundesversammlung in einer Fremderlassänderung (SBBG 23.063) bereits getroffen hat; allerdings ist unklar, wann der Erlass (Schlussabstimmung war im September 2024) in Kraft tritt.

Die Formulierung erscheint besser als die in der SBBG vorgeschlagene Fassung. Den Erläuterungen ist zu entnehmen, dass «neu die effektiven Reserven des BIF die Beurteilungsgrundlage bilden anstatt die mit Unsicherheiten behafteten Prognosen». Woraus sich das ergeben soll, ist mir schleierhaft. Weder das eine noch das andere kann m.E. aus dem Normtext abgelesen werden; auch die SBBG-Änderung schweigt dazu. Das müsste u.E. im Normtext kenntlich gemacht oder es müsste z.B. dem Bundesrat eine Delegation erteilt werden, dies zu regeln. Selbst wenn es sich nur um eine Praxisänderung handeln würde, müsste eine Aussage dazu getroffen werden, wie es sich auswirkt, dass die effektiven Sicherheiten und nicht die Prognosen zur Bestimmung der Reserve dienen sollen.

Im Erläuternden Bericht fehlen Angaben dazu, was mit dem eingesparten Betrag passiert, da die Einnahmen aus der SVA ja weiterhin gemäss Art. 85 Abs. 2 BV zweckgebunden bleiben. M.E. müsste unter Ziffer 2.20 ausgewiesen werden, wofür diese Beträge eingesetzt werden. Das BAV hatte bekanntlich die Idee, mit den die Reserve übersteigenden Beträgen E-LKW zwar der Abgabe zu unterstellen, diese aber erst mittelfristig zu steigern. Als Alternativ hatte es überlegt, Investitionshilfen für die Anschaffung von E-LKW zu sprechen, die aber der Abgabe voll unterstellt gewesen wären. Die Fuhrhalter hätten dazwischen wählen können. Den Satz, dass die Zwecke gleichwertig nebeneinander stehen, scheint mir nicht zuzutreffen. So kann der Betrag für den BIF nicht beliebig reduziert werden, sondern hängt von der Höhe der Reserven ab.



Im Erläuternden Bericht wird Folgendes ausgeführt: «Die Aufhebung der Mineralölsteuer-Rückerstattung für die Transportunternehmen ausserhalb des Ortsverkehrs wird jedoch auf 2027 vorgezogen. Damit entstehen dem Bund im Zeitraum 2027-2029 Mehrerträge von rund 40 Millionen Franken pro Jahr, mit denen die Förderbeiträge für alternative Antriebe bis 2030 [im regionalen Personenverkehr] gegenfinanziert werden.» Wo wird diese Mittelverwendung geregelt? Art. 41a E-CO2-Gesetz enthält keinen Hinweis auf die Finanzierung.

#### Ziff. 20: MinVG [REDACTED]

##### - Art. 37f Abs. 2

Wir nehmen an, dass hier eine Rechtsetzungsdelegation formuliert werden soll. Der Wortlaut des Entwurfs ist allerdings nicht ganz klar und lässt auch ein Verständnis zu, dass der Bundesrat die einzelnen Fälle von Flugplätzen bezeichnen solle ("... legt fest, in welchen Fällen ..."). Zur Verdeutlichung des Charakters als Rechtsetzungsdelegation: vgl. Vorschlag der VIRK.

- Nicht klar ist uns, wie genau der Spareffekt erzielt wird. Art. 86 Abs. 4 BV sieht vor, dass die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen, ausser den Flugtreibstoffen, für die Spezialfinanzierung verwendet werden. Wenn nun 3% dieser Hälfte nicht mehr für die Zwecke der Bst. d und e des Art. 86 Abs. 3 BV verwendet werden, stellt sich die Frage in Bezug auf welchen anderen Zweck die Ausgaben gesteigert werden. Gemäss Art. 4 Abs. 1 MinVG (<sup>1</sup> *Die Bundesversammlung teilt mit dem Voranschlag die Mittel nach Artikel 1 Absatz 1 auf die in Artikel 86 Absätze 1 und 3 BV genannten einzelnen Aufgabengebiete auf.*) müsste das Parlament im Vorschlag festlegen, für welches andere Anliegen in Art. 86 Abs. 3 BV die gesparten Ausgaben verwendet werden. Offenbar will der Bundesrat dazu keine Vorschläge machen. Wie verhält es sich damit ?

■

#### Ziff. 21: EnG [REDACTED]

Concernant l'art. 50a, al. 3, EnG, il n'est pas clair comment se déroule la réservation des fonds nécessaires ; présenté ainsi, il semble que si un canton approuve un surnombre de demandes avant les autres il peut recevoir une proportion des fonds supérieure à ce qui aurait été donné dans le cadre d'une répartition par têtes comme dans le cadre actuel. Cela semble problématique car cela permet de privilégier un/plusieurs cantons par rapport aux autres. Le rapport explicatif indique seulement que les cantons sont informés des fonds encore disponibles. Il nous semble qu'il faudrait planifier un mécanisme pour éviter de privilégier les plus rapides à réserver les fonds par rapport aux autres (Art. 13 LSu, RS 616.1).

#### Ziff. 29: AHVG [REDACTED]

- Avant-projet de loi

L'art. 103, al. 3 AP-LAVS prévoit que :

<sup>3</sup> La contribution de la Confédération correspond au moins au montant initial visé à l'al. 1, après adaptation au renchérissement cumulé.

Nous sommes d'avis qu'il conviendrait de préciser, comme à l'art. 78, al. 5 LAI, que la contribution de la Confédération équivaut, au plus, à la moitié des dépenses de l'assurance, conformément à l'art. 112, al. 4 Cst.

L'art. 103, al. 4 AP-LAVS prévoit que :

<sup>4</sup> La contribution à l'allocation pour impotent visée à l'art. 102, al. 2, est déduite du montant calculé conformément à l'al. 2.

Nous partons du principe que la contribution à l'allocation pour impotent doit être déduite de la contribution de la Confédération également si celle-ci n'est pas fixée selon le calcul de l'al. 2 mais dans l'hypothèse mentionnée à l'al. 3 (montant initial + renchérissement). C'est d'ailleurs le cas dans la LAI (art. 78, al. 5). La VIRK vous fait une proposition visant à clarifier ce point.

L'art. 103, al. 5 AP-LAVS prévoit que :

<sup>5</sup> Le Conseil fédéral règle les modalités.

L'art. 182 Cst. habilite le Conseil fédéral à édicter des dispositions d'exécution. Selon le libellé de cet article, il s'agit uniquement de normes secondaires qui, par exemple, précisent une disposition légale, décrivent ses effets juridiques pratiques, concrétisent des notions juridiques indéterminées ou règlent des questions d'organisation (OFJ, Guide de législation, 2023, N 721). Quant à l'art. 154, al. 2 LAVS, il charge le Conseil fédéral de l'exécution de cette loi et de l'édiction des dispositions nécessaires.

Selon le rapport explicatif (ch. 3.29), « *[D]er Bundesrat wird auf Verordnungsstufe die Details, wie z.B. die Definition der Mehrwertsteuereinnahmen, die Frage der Rundung oder von Bagatellgrenzen für Korrekturen bei Änderung der Bemessungsgrundlage, regeln* ». Ces exemples nous paraissent relever du droit d'exécution. Dès lors, cette délégation de compétence est superflue (Guide de législation, N 726) et peut être biffée. Si le maintien de cette délégation de compétence est tout de même souhaité, il conviendrait alors de la préciser en mentionnant des exemples (« *Le Conseil fédéral règle les modalités, en particulier...* »). Naturellement, s'il devait être envisagé de déléguer au Conseil fédéral la compétence d'édicter des normes primaires, il conviendrait alors de formuler clairement la disposition en ce sens.

- BRA

À la page 3 de la proposition au Conseil fédéral figure ce paragraphe :

**Entflechtung zwischen Bund und AHV ab 2027:** Die Massnahme wurde präzisiert; das höhere Entlastungspotenzial bei der AHV im 2028 ist auf eine technische Änderung zurückzuführen, Strukturbrüche sollen ausgeklammert werden. Im vorliegenden Fall führt die Aufhebung des Sondersatzes Hotellerie ab 2028 zwar zu Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (Strukturbruch), nicht aber zu einem höheren Bundesanteil an der AHV.

Nous ne sommes pas certains de comprendre la phrase soulignée. En effet, si les recettes de la TVA augmentent, la contribution de la Confédération devrait logiquement augmenter puisqu'elle serait adaptée annuellement au taux de variation de ces recettes (art. 103, al. 2 AP-LAVS). Nous invitons dès lors à réexaminer cette phrase et, le cas échéant, à l'expliciter.

Ziff. 30: KVG [REDACTED]

- Art. 66 Abs. 2 E-KVG:

Der Bundesbeitrag wird nicht vom Bundesrat festgelegt. Vielmehr ergibt sich der Bundesbeitrag aus den Kosten des Vorjahres einer Vierjahresperiode gemäss Art. 54 nKVG sowie den vom Bundesrat gemäss Art. 54 nKVG festgelegten Kostenzielen. Der

Bundesrat hat somit bei der Festlegung des Bundesbeitrags keinen Spielraum. Deshalb wird der Bundesrat in unserem Vorschlag nicht mehr erwähnt. Zudem steht unser Formulierungsvorschlag unter einem Vorbehalt: Zunächst muss der Mechanismus von Art. 54 nKVG (Festlegung der Kostenziele) konkretisiert werden, bevor die Berechnungsart des Bundesbeitrags festgelegt werden kann, da der Bundesbeitrag von den Kostenzielen abhängt. Entsprechend behalten wir uns vor, den Formulierungsvorschlag noch einmal zu überprüfen, sobald der definitive Mechanismus für die Festlegung der Kostenziele feststeht.

- Art. 106 E-KVG:

Die vorgeschlagene Übergangsbestimmung betrifft eigentlich das Inkrafttreten. Bis zum Jahr 2028 – das erste Jahr einer Vierjahresperiode gemäss Art. 54 nKVG – berechnet sich der Bundesbeitrag wie bisher. Die neue Berechnungsart soll erst für das Jahr 2028 gelten. Entsprechend tritt die Änderung von Art. 66 Abs. 2 E-KVG erst am 1.1.2028 in Kraft.

Ziff. II/2: Aufhebung des Bundesgesetzes vom 3. Mai 1991 über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften [REDACTED]

Aus den Erläuterungen wird nicht klar, was genau nun aufzuheben ist: meines Erachtens genügt es, das Gesetz aufzuheben, der avBB, der dem Gesetz zugrundelag, war ja befristet und ist 2021 abgelaufen.

Müsste allenfalls noch erläutert werden, was mit der Kommission geschieht, die im Gesetz geregelt ist, oder ist klar, dass die einfach mit dem Gesetz «untergeht»?

Wir bitten Sie, für Rücksprachen direkt die jeweils angegebenen, für die einzelnen Bemerkungen zuständigen Kolleginnen und Kollegen zu kontaktieren.

-  
Freundliche Grüsse

[REDACTED]

-

---

Von: [REDACTED] EFV [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 10. Dezember 2024 12:35

An: [REDACTED]

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Cc: [REDACTED]

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]



[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
**Betreff:** ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Beilage erhalten Sie die Entwürfe der Vernehmlassungsunterlagen zum Entlastungspaket 2027.

Die Erlassänderungen sind mit den zuständigen Departementen und Ämtern abgestimmt. Aufgrund der engen Fristen (die Eröffnung der Vernehmlassung ist für den 29. Januar geplant) sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine pro Departement konsolidierte Rückmeldung zukommen lassen, bis am

**Mittwoch, 8. Januar 2025**

an:

[REDACTED] und [REDACTED]

Wir bitten Sie, die Gesetzesanpassungen in Ihren Bereichen nochmals kritisch zu prüfen, auch ob die entsprechenden Übergangsbestimmungen wo nötig definiert sind.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]  
[REDACTED]

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV  
Stabsdienste und Grundsatzfragen

Bundesgasse 3, 3003 Bern

[REDACTED]  
[REDACTED]

[www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

Beilagen:

- BRA und Beschlussdispositiv
- Erläuternder Bericht

- Mantelerlass (d, f)
- Fragebogen
- Orientierungsschreiben